

Londoner Konferenz: England lehnt russische Beschwerde ab

Der Norweger Tryove Generalsekretär der Vereinten Nationen

London, 4. Februar (Dana)

Der Sicherheitsrat nahm die Behandlung der russischen Beschwerde über die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland auf. Bevin wandte sich nachdrücklich gegen die russische Beschwerde.

Der russische Vertreter Wischinsky erklärte, „Rußland besteht auf der schleunigen und bedingungslosen Zurückziehung der britischen Truppen aus Griechenland. Die griechische Regierung begeht einen Fehler, indem sie die Wirkung der Anwesenheit fremder Truppen im Lande nicht beachtet. Die Anwesenheit britischer Truppen wurde wiederholt von reaktionären Gruppen ausgenutzt. Dies stellt eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar und ist der Grund, aus dem die Sowjetunion die Frage dem Sicherheitsrat vorlegt.“ Wischinsky wies darauf hin, daß die Sowjetregierung diese Frage bereits auf der Potsdamer Konferenz aufgerollt habe.

Behandlung der russischen Beschwerde

Der britische Außenminister Bevin erwiderte: „Die britischen Truppen werden zurückgezogen werden, wenn England alle Verpflichtungen erfüllt hat, die ihm in Griechenland obliegen.“ Wischinskys Hinweis auf die Unruhen in Griechenland erlaubt nicht den Schluß, daß die britischen Truppen aus Griechenland zurückgezogen werden müssen. Dieser Zustand führt im Gegenteil zu der zwingenden Notwendigkeit, noch weitere britische Truppen nach Griechenland zu schicken. In diesem Zusammenhang wies Bevin auf die Gefahren für den Weltfrieden hin, die aus der kommunistischen Agitation gegen Großbritannien in allen Ländern entstehen könnten.

130 Millionen von Hungersnot bedroht

Die Abendsitzung vom 2. Februar nahm die bereits mehrfach erwähnte Resolution an, die alle Mitgliedsstaaten und auch Nichtmitgliedsstaaten auffordert, ein Prozent ihres Nationaleinkommens für UNRRA zu stellen.

Der britische Vertreter Noel Baker wies in Unterstützung des Antrags darauf hin, daß in Europa 130 Millionen Menschen von Hungersnot bedroht seien. Der Winter sei noch nicht vorbei. Die im Frühjahr fällig werdende indische Ernte sei eine Mißernte und die Sommerernte hätte in allen fünf Erdteilen unter dem Durchschnitt gelegen. Noel Bakers dramatischer Appell wurde von dem Neuseeländischen Ministerpräsidenten Peter Frazer nachdrücklich unterstützt.

Neue österreichische Vorschläge zu Südtirol

Wien, 4. Februar (Dana). Außenminister Dr. Gruber befaßt sich anläßlich einer Pressekonferenz mit der Rückgliederung Südtirols.

Nachdem die österreichische Regierung vor sechs Wochen um die Genehmigung zu einer Volksabstimmung in dem nördlich der Salurner Klause gelegenen Teil Südtirols ersucht hatte, wandte sie sich vor zehn Tagen erneut in einer Note an die Alliierten. In dieser Note wurden die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen festgelegt, die die österreichische Regierung im Falle einer für sie günstig verlaufenden Abstimmung durchzuführen gedenkt.

Die Frage der italienischen Kraftwerke

Dr. Gruber erklärte hierzu: „Der Anteil Südtirols an der Stromerzeugung macht neun Prozent aus, von denen ein kleiner Teil als Transit-Strom in das alitalienische Gebiet geliefert wird. Sollten diese Gebiete durch Volksabstimmung an Österreich zurückfallen, so wäre die österreichische Regierung bereit, mit Italien folgende Abmachung zu treffen: Die von dem italienischen Staat oder von italienischen Körperschaften errichteten Elektrizitätswerke verbleiben in italienischen Händen. Italien erhält weiter den Strom, der in diesen Werken erzeugt und vertragsmäßig erworben wird, devisenfrei. Der Verwaltungs- und Reparationsdienst obliegt auch weiterhin ungestört den Italienern. Ferner ist die österreichische Regierung bereit, bei der Errichtung

In der Abendsitzung des 1. Februar wurde der norwegische Außenminister Tryove Lie in geheimer Abstimmung mit 46 gegen drei Stimmen zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt.

Der Militärausschuß

Der Militärausschuß der Vereinten Nationen, der die Funktionen eines Generalstabs der Weltorganisation hat, trat am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Charta stellt diesem Ausschuß folgende fünf Aufgaben:

1. Beratung und Unterstützung des Sicherheitsrates in allen militärischen Fragen.
2. Verfügung und Oberbefehl über alle Streitkräfte, die dem Sicherheitsrat unterstehen.
3. Studium der Möglichkeiten der Abrüstung.
4. Strategische Leitung der Streitkräfte des Sicherheitsrates.
5. Ausarbeitung der Vereinbarungen mit den Mitgliedsstaaten über ihre Teilnahme an den Streitkräften der Weltorganisation, einschließlich der Fragen des Durchmarschrechtes.

Organisationsfragen, Sitz der Organisation

Der Ausschuß zur Auffindung eines Sitzes für die Weltorganisation ist aus Amerika in England eingetroffen. Der Vorsitzende Gawrilowitsch gab amtlich bekannt, daß der Bericht den Bezirk Stamford-Greevich als den geeignetsten Sitz für die Weltorganisation bezeichnet. Dieser Bezirk liegt an der Küste, knapp nördlich New York innerhalb des New Yorker Vorortverkehrs.

Gawrilowitsch fügte jedoch hinzu, daß Publikum sollte aus dieser Empfehlung keine zu schnellen Schlüsse ziehen, bevor der ganze Ausschußbericht veröffentlicht sei, was in wenigen Tagen der Fall sein wird. Die Frage wird noch in dieser Woche vor die Vollversammlung kommen. Inzwischen hat die Stadt New York sich als provisorischer Sitz der Weltorganisation für die nächsten Jahre angeboten, da in Stamford-Greenwich umfassende Bauten vorgenommen werden müssen, bevor die Vereinten Nationen ihr Hauptquartier dort beziehen können.

Nächste Tagung erst im Herbst

Der Vorsitzende des Unterausschusses zur Wahl eines Sitzes für die Weltorganisation, der Jugoslawe Stojan Gawrilowitsch sagte heute, die Vereinten Nationen würden vielleicht erst im September zu ihrer zweiten Ordentlichen Tagung in Amerika zusammentreten.

Gegen Hortung von Kleingeld

Frankfurt, 4. Februar (Dana). Die augenblickliche Lage auf dem Geldmarkt in der amerikanischen Zone ist, nach dem letzten Monatsbericht des Militärgouverneurs, durch einen erheblichen Mangel an kleineren Banknoten und Münzen gekennzeichnet.

Der Grund für den Mangel an Banknoten geringerem Wertes liegt darin, daß die deutsche Bevölkerung eine Änderung der Währungseinheit erwartet, von der, so wird angenommen, die kleineren Scheine nicht betroffen würden. Die Folge ist eine Hortung des Kleingeldes in erheblichem Umfang. Hinzu kommt, daß diese Scheine sich leicht im Gebrauch abnutzen und im Augenblick nicht ersetzt werden können, da noch kein zentrales Münzamt besteht.

In der amerikanischen Zone sind alle Münzanstalten betriebsfähig und bedürfen nur noch der amtlichen Genehmigung.

Um der Bevorzugung des Besatzungsgeldes entgegenzuwirken, und um die Gleichheit zwischen der alliierten und der deutschen Mark wieder herzustellen, haben die Banken in einem Teil der amerikanischen Zone auf Anforderung auch alliiertes Geld ausgezahlt.



General Mc Narney, der Oberkommandierende in der USA-Besatzungszone

Mc Narney lobt die Zivilverwaltung

Die Verbesserung der allgemeinen Situation innerhalb der amerikanischen Zone Deutschlands, die Übertragung größerer Verantwortung auf die deutschen Zivilbehörden und die engere Zusammenarbeit zwischen den vier Besatzungsmächten werden von General Mc Narney in seinem Monatsbericht für Dezember besonders hervorgehoben.

In Anerkennung der Tätigkeit des Länderrates in Stuttgart heißt es: „Es hat sich erwiesen, daß die Idee der Schaffung eines solchen Länderrates sehr gesund war, daß eine solche Organisation durchaus notwendig ist und daß der Länderrat zu vollsten Zufriedenheit gearbeitet hat.“

In dem Bericht wird weiter gesagt, der Hauptzweck der Schaffung des Länderrates sei gewesen, die deutsche Verantwortung und Selbstverwaltung wiederherzustellen, ohne zunächst eine Zonenverwaltung einzurichten. „Die leitenden deutschen Behörden“, so wird betont, „haben sich des ihnen entgegengebrachten Vertrauens würdig erwiesen. Dies äußerte sich in einer vollendeten Zusammenarbeit und in der Bewältigung eines großen Arbeitspensums.“

Die deutsche Zivilverwaltung habe in steigendem Maße die Fähigkeit bewiesen, die ihr übertragenen Aufgaben zu bewältigen. Im Laufe des Monats Dezember seien die Grundlagen für eine demokratische Selbstverwaltung weiter entwickelt worden. Entwürfe für eine Dienstordnung der Zivilverwaltung wurden fertiggestellt.

Als wichtigstes Ereignis hebt der Bericht das Abkommen über die Stahlherzeugung hervor, erwähnt aber gleichzeitig den französischen Widerstand, der bisher den Aufbau einer deutschen Zentralverwaltung unmöglich gemacht habe.

Lebenskosten höher

Berlin, 4. Februar (Dana). Die deutschen Ernährungs- und Landwirtschaftsbehörden in der US-Zone haben von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten, die den Bauern gebrachten finanziellen Beihilfen einzustellen. Diese Maßnahme wird das Defizit der Länder im laufenden Finanzjahr um etwa 20 Prozent vermindern. Als Ausgleich werden die Lebensmittelpreise um 8,5 Prozent erhöht.

Man schätzt die Kosten für die Nahrungsmittel einer Markperiode bei einer Normalfamilie (Vater Schwerarbeiter, Mutter Normalverbraucher, Kinder 8 und 12 Jahre alt) auf rund 42,60 Mark. Durch die neue Verfügung erhöht sie sich um 3,65 Mark. Von der Preissteigerung sind folgende Lebensmittel betroffen: Mehl und Brot 3 Pfg. je kg, Eier 1 Pfg. das Stück, Zucker 4 Pfg. je kg, Oel, Margarine, Honig und Fleisch.

Durch diese Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte ist es möglich, 95 Prozent der früheren staatlichen Beihilfen an die Bauern einzustellen, während die restlichen 5 Prozent zum Ausgleich für Frachtspeisen weiter gezahlt werden.

Programm der Zeitung

Das deutsche Volk hat den Zweiten Weltkrieg politisch, wirtschaftlich und militärisch verloren, den der Führer ins Chaos, Adolf Hitler, mit seiner Partei vorbereitet und entfesselt hat. Wir büßen nun für Torheit und Krieg. Überall in Deutschland begegnen wir dem Flüchtlingselend. Unsere schönsten und größten Städte sind zu Ruinen geworden. Wir haben unersetzliche Verluste an Menschenleben zu beklagen. Fast in alle Familien ist bitteres Leid eingekehrt. Väter, Brüder, Söhne sind nicht mehr wiedergekommen. Um die eigene Macht noch einige Monate länger halten zu können, haben die Nazis bedenkenlos die Existenz des gesamten Volkes aufs Spiel gesetzt. Wenn wir nicht ganz in Not und Elend verkommen sind, verdanken wir dies der Hilfe der Sieger.

Was soll nun werden?

Wir müssen einige Grundtatsachen begreifen, ehe wir anfangen können, von vorne zu beginnen.

1. Wir müssen nicht nur mit den natürlichen Folgen eines verlorenen Krieges fertig werden, sondern haben für die freche Herausforderung der ganzen Welt und für die Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit einzustehen.

2. Wir haben nicht bloß den Krieg, sondern auch unsere Ehre verloren. Was in den deutschen Konzentrationslagern und in den von den Nazis besetzten Gebieten geschehen ist, hat uns die Verachtung der gesamten gesitteten Welt eingetragen.

3. Unser Verhängnis war, daß wir nach dem ersten Weltkrieg 1914/18 die Pforte unseres nationalen Unglücks nicht durchschritten haben: So kam die Dolchstoßlegende auf und die Meinung, Deutschland hätte den ersten Weltkrieg nicht verloren. So konnten von den Nazis die Ursachen unserer Not in der Nachkriegszeit verfälscht und zweckpolitisch umgedeutet werden. Mit der Lüge über das Ende des ersten Weltkrieges wurde der zweite vorbereitet.

4. Die historische Schuld des Nazismus, seiner Anhänger und Förderer gegenüber der Welt und dem deutschen Volke ist unermeßlich. Mitschuldig sind nicht bloß die Kriegsverbrecher und aktiven Nazis. Die Masse der Deutschen, die mit ihrem Namen machen ließ, was man wollte, kann durch positive Mitarbeit sühnen, was für alle Fälle wertvoller ist, als in Resignation zu verharren.

5. Wenn wir gesunden wollen, müssen wir uns geistig und wirtschaftlich von den Trägern des Nazismus trennen. Je gründlicher dies geschieht, desto eher können wir frei und offen den Siegern in die Augen sehen.

6. Wir müssen uns, so gut es geht, selber helfen und mit der Not im Lande fertig werden. Dies bedeutet für jeden Deutschen, bereitwillig Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen.

7. Der Garant unserer Zukunft sind die Kinder, die jetzt in die Volksschule gehen. Von der Gestaltung ihrer Erziehung im Geiste echter Humanität und Toleranz hängt es ab, ob auf unseren Schulen gute Menschen heranwachsen, die das Vertrauen der Nachbarvölker sich erwerben, oder SS-Sturmabführer, die der Schrecken ihrer Umgebung werden.

8. Die Erfahrung der Geschichte hat gezeigt, daß die Macht im Staate, wenn sie einem Manne anvertraut wird, allzu leicht mißbraucht werden kann. Wir müssen uns zu Bürgern eines demokratischen Staates erziehen, in dem alle sich verantwortlich fühlen, in dem die Freiheit einen Ort behält und das Recht, vor dem alle gleich sind, ohne Unterschied der Rasse, Nationalität oder Religion.

Die Erfüllung der Forderungen, die oben aufgestellt wurden, gibt uns eine Chance für die Zukunft. Sie ist schwer genug. Wir müssen uns über den Ernst unserer Lage vollkommen klar sein. Aber wir brauchen nicht ohne Hoffnung sein. Der Anfang ist gemacht. Man beginnt, uns Vertrauen zu schenken. Ein Beweis dieses Vertrauens ist auch die Herausgabe dieser Zeitung, die, fußend auf überparteilicher Grundlage, geschrieben von Deutschen für Deutsche, die politischen und sozialen Prinzipien der Demokratie vertritt.

Unsere Zeitung, die den Namen „Passauer Neue Presse“ erhalten hat, sieht es als eine ihrer Hauptaufgaben an, die Wirtschaft ihres Verbreitungsgebietes zu fördern. Die neue deutsche Demokratie kann sich nicht entwickeln, wenn die Menschen hungern und Sorge vor der Zukunft und Existenz die Herzen niederdrückt. Die heimische Wirtschaft ankurbeln zu helfen, damit möglichst alle wieder Arbeit und Brot finden, ist unsere vornehmlichste Sorge, ebenso die Förderung der Landwirtschaft, von der wir alle abhängig sind.

Aufbauen ist schwerer und langwieriger als Zerstören. Wir alle dürfen und wollen aber vor der Schwere der Aufgabe nicht zurückschrecken. Für die bayerische Heimat in der größten Notzeit unseres Volkes mit restlosem Einsatz zu arbeiten, ist dem Herausgeber dieser Zeitung schon deshalb Herzensangelegenheit, weil er selbst ein Sohn der geliebten niederbayerischen Heimat Erde ist.

Dr. H. K.

D-Züge verbessern Verkehr

Stuttgart, 4. Februar (Dana)

Vom 4. Februar ab verkehrt von Stuttgart über Schorndorf, Gmünd, Aalen, Crailsheim, Nürnberg wieder ein D-Zug nach Hof und zurück. Ein neuer Nacht-schnellzug Frankfurt-Würzburg-München verkehrt ab 4. Februar. Der Genehmigungszwang für die Benutzung von Personenzügen über 60 km ist aufgehoben.

München, 4. Februar (Dana)

Weitere Verbesserungen im Eisenbahn-Fahrplan traten ab Montag, den 4. Februar in Kraft. Wie die Eisenbahndirektion München mitteilt, wird neben den neuen Nachtschnellzugsparen Frankfurt-München und Augsburg-Würzburg je ein Eilzugpaar auf den Strecken München-Berchtesgaden, München-Landshut-Plattling-Passau, Treuchtlingen-Würzburg mit Anschluß von und nach München und der Strecke Regensburg-Hof eingesetzt.

Ferner werden eine Anzahl neuer Mittagsverbindungen und vor allem Spätzüge in den Personenzugsverkehr von und nach München eingeschaltet.

Die Eisenbahndirektionen machen darauf aufmerksam, daß das Fahrgehalt an den Schaltern abgezählt zu entrichten ist, da die Eisenbahn auf Grund des allgemeinen Kleingeldmangels nicht in der Lage ist, das nötige Wechselgeld zu beschaffen. Personen, die diese Anordnung nicht beachten, müssen mit einer verzögerten Abfertigung rechnen.

Die Beförderung von Ski auf der Eisenbahn ist ab sofort von Montags 12 Uhr bis Samstag 12 Uhr wieder zugelassen. Wegen Überfüllung der Züge muß diese jedoch über das Wochenende weiterhin gesperrt bleiben.

Frankfurt, 4. Februar (Dana)

Zu den Entlassungen der Beamten aus dem Eisenbahndienst erfahren wir folgende Einzelheiten. Von insgesamt 68 863 An-

gestellten der Eisenbahn in der amerikanischen Zone wurden 4298 aus dem Dienst entlassen. Hiervon sind 2396 Entlassungen endgültig, wogegen in 1902 Fällen Berufung eingereicht werden kann. Aus dem höheren Dienst wurden 105 Beamte, aus dem gehobenen Dienst 1633 entlassen. Im mittleren Dienst wurden 1947 Angestellte aus ihren Stellungen entfernt und im einfachen Dienst wurden von 24 863 Angestellten nur 608 ihres Postens enthoben. In der Bahndirektion Regensburg wurden 2400 Beamte betroffen.

Deutsche Atomforscher arbeiten

Berlin, 4. Februar (Dana). Kürzlich sind die deutschen Atomforscher, die nach der Besetzung Deutschlands zum Verhör nach England gebracht worden waren, nach Deutschland zurückgekehrt, wo sie im Rahmen der Bestimmungen über die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung weiter arbeiten dürfen. Unter den heimgekehrten Wissenschaftlern befindet sich Prof. Otto Hahn, der 1938 maßgeblich an den Versuchen zur Spaltung des Urans beteiligt war, sowie der bekannte Physiker Heisenberg.

Sofort nach der Besetzung Deutschlands hatte sich eine britisch-amerikanische Kommission nach Deutschland begeben, um festzustellen, wieweit die deutsche Atomforschung in der Anwendung der Atomenergie für militärische Zwecke vorgeschritten war. Die Nachforschungen haben nun ergeben, daß die deutsche Atomforschung sich vornehmlich mit der Ausnutzung der Atomkraft als Energiequelle und weniger mit der Möglichkeit ihres Einsatzes als Kriegsmittel befaßt hat.

Tokio, 4. Februar (Dana)

Das Hauptquartier General Mac Arthurs gab am Sonntag bekannt, daß die Atombombe in Hiroshima mehr als dreihunderttausend Opfer forderte. Es wurden 78 000 Tote gezählt, dazu kommen 14 000 Vermisste. 9000 Personen wurden schwer, 27 000 leicht verwundet.